



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Letzten Freitag ist die Sommersession 2024 der eidgenössischen Räte in Bern zu Ende gegangen. Diese Session war besonders durch finanz- und sicherheitspolitische Geschäfte geprägt. Insgesamt wurden in der Schlussabstimmung [14 Vorlagen](#) verabschiedet. Gerne teile ich mit Ihnen auf den meine Eindrücke aus den vergangenen drei Wochen und wünsche viel Vergnügen beim Lesen.

Folgende Geschäfte wurden im Parlament behandelt (Auswahl):

Umwelt- und Klimapolitik

Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten ([23.083](#))

Der Nationalrat hat als Erstrat über das neue Gesetz mit dem Kurznamen «BATE» beraten. Hintergrund sind die massiven Preisverwerfungen auf den Energiemärkten ab 2021. Das neue Bundesgesetz über Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten enthält Bestimmungen zur Transparenz von Energiegrosshandelsmärkten, ein Verbot von Insidergeschäften, ein Verbot von Marktmanipulationen, Sanktionsmöglichkeiten für den Schweizer Energieregulator Elcom und Strafbestimmungen für Verstösse. Es löst das dringliche Bundesgesetz über subsidiäre Finanzhilfen ab.

Im Bereich der Marktmanipulation hat der Bundesrat in seinem Entwurf keine Unterscheidung hinsichtlich des subjektiven Tatbestands gemacht, also dazu, ob jemand mit Wissen und Willen und damit absichtlich den Markt manipuliert oder ob dies aufgrund einer Unachtsamkeit geschieht. Mit meiner Minderheit wollte ich dies klarer definieren und einschränken. Unzulässig handeln soll nur, wer die Handlung vorsätzlich oder zumindest grob fahrlässig begeht. In meinem [Votum](#) wies ich zudem darauf hin, dass im Energiegrosshandel Millionen von Transaktionen ausgeführt werden. Erfreulicherweise sah das die Mehrheit des Nationalrats auch so und nahm meine Minderheit schlussendlich mit [114:80 Stimmen](#) an.

Erklärung zum Klimaurteil des EGMR gegen die Schweiz ([24.053 SR](#) / [24.054 NR](#))

Die beiden Kammern haben eine gleichlautende Erklärung zum umstrittenen Klimaurteil des EGMR verabschiedet und darin festgehalten, dass die Schweiz die Vorgaben hinsichtlich der klimapolitischen Zielsetzungen erfüllt und dem Urteil deshalb keine weitere Folge gegeben werden muss. Weiter wird in der Erklärung festgestellt, dass der Gerichtshof die Grenzen der zulässigen Rechtsfortentwicklung überschritten und demokratische Entscheidungsprozesse missachtet hat. Der Nationalrat fällt seine Entscheidung gegen den Willen einer links-grünen Minderheit seiner Rechtskommission. Der Ständerat hatte die Erklärung eine Woche zuvor bereits mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. Nun muss der Bundesrat entscheiden, wie er das Klimaurteil bewertet und in Strassburg darauf reagieren will. Er hat angekündigt im August Stellung zu nehmen. Formell muss der Bundesrat seine Reportpflicht gegenüber dem EGMR innert sechs Monaten wahrnehmen.

Bereits am 9. April 2024 – kurz nach der Veröffentlichung des Urteils – habe ich mich in einem kurzen [Statement in der Tagesschau](#) des SRF zum Urteil geäussert.



Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungs-Initiative). Volksinitiative (24.021)

Die Volksinitiative verlangt, dass wirtschaftliche Tätigkeiten in der Schweiz nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen, wie es unsere natürlichen Lebensgrundlagen verkraften. Bei Annahme der Initiative müsste die Schweiz ihre durch den inländischen Konsum verursachte Umweltbelastung innerhalb von zehn Jahren so stark reduzieren, dass die Belastbarkeitsgrenzen des Planeten eingehalten werden. Der Bundesrat beantragte dem Parlament Ende Januar 2024, die Volksinitiative ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

In meinem [Votum](#) erläuterte ich, weshalb die Initiative ihr Ziel verfehlt. Bei einer Annahme müssten alle Personen und Unternehmen in der Schweiz ihren Ressourcenverbrauch so reduzieren, dass alle Menschen gleich viele Ressourcen wie sie verbrauchen könnten, ohne den Planeten überzubeanspruchen. Um die verlangte Frist von zehn Jahren einzuhalten, müsste die Schweiz massive Regulierungs- und Anreizmassnahmen beschliessen. Die damit verbundenen wirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Folgen wären gravierend, und zwar in allen Bereichen, sei es Ernährung, Energieversorgung, Mobilität, Landwirtschaft oder Wohnen. Die Umsetzung wäre zudem enorm teuer. Unabhängig davon zeigt ein Blick auf die Welt, dass ein tiefer Ressourcenverbrauch heute nicht ein Zeichen von vorbildlich gelebter Nachhaltigkeit, sondern ein Zeichen von Armut ist. Unter den wenigen Ländern, welche die planetaren Grenzen gemäss der Initiative einhalten, sind Länder wie Afghanistan, Madagaskar oder Haiti. In diesen Ländern lebt man nicht als Vorreiter der Nachhaltigkeit innerhalb der planetaren Grenzen, sondern aus purer Not heraus. Ein solches Szenario kann als Schweiz nicht unser Ziel sein.

Mit Innovation und Fortschritt werden wir hinsichtlich Effizienz und Ressourcenverbrauch weitere Schritte machen. Verantwortungsvoll vollzogener Fortschritt bedeutet eben nicht Wachstum um jeden Preis, sondern qualitatives Wachstum. Auf diesem bereits eingeschlagenen Weg wollen wir weitermachen.

Fraktionsmotion FDP: Anlagen zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energien. Projekte sofort und verpflichtend umsetzen (22.3899)

Mit dieser Motion wollte die FDP Fraktion erreichen, dass beim Ausbau der erneuerbaren Energien rasch Fortschritte gemacht werden. Einerseits weil die Beschleunigung des Ausbaues von erneuerbaren Anlagen eine zentrale Bedingung für das Ziel netto Null bis 2050 ist. Andererseits aber auch, um die Versorgungssicherheit der Schweiz zu gewährleisten und die Abhängigkeit von Stromimporten zu reduzieren. Da das Stromgesetz am 9. Juni klar angenommen wurde, habe ich in meinem [Votum](#) begründet, weshalb die Motion zurückgezogen wird.

Mit dem Stromgesetz wurden die Rahmenbedingungen geschaffen, um den dringend nötigen Booster zu zünden und die Erhöhung der Versorgungssicherheit im Winter zu realisieren. Zentral ist dabei die Wasserkraft. Mit dem angenommenen Stromgesetz werden 16 Wasserkraftprojekte priorisiert. 15 davon sind für die Versorgungssicherheit von entscheidender Bedeutung.

Es ist nun einerseits an den Energieunternehmen, den vom Volk gutgeheissenen Rahmen zu nutzen und die Projekte zu realisieren. Andererseits sind aber auch die Umweltorganisationen angesprochen. Mit dem sehr klaren Ja der Schweizer Stimmbevölkerung geht die Erwartung



einher, dass die Umweltorganisationen sich mit Einsprachen zurückhalten. Dies betrifft insbesondere die zwei wichtigen grossem Speicherprojekte des runden Tisches Wasserkraft, das Trift-Projekt im Berner Oberland und Gornerli in Zermatt. Diese wurden von den grossen Umweltschutzverbänden am runden Tisch Wasserkraft für gut und realisierbar beurteilt, wohingegen kleinere Verbände ungeachtet dessen dann trotzdem Einsprache erhoben haben.

Es ist klar, dass damit die Diskussion ums Verbandsbeschwerderecht angeheizt wird. Man darf hoffen, dass die entsprechenden Verbände nach dem unmissverständlichen Abstimmungsergebnis vom 9. Juni 2024 über die Bücher gehen.

Gesellschaftspolitik

Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat ([17.523](#))

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat zur Umsetzung einer parlamentarischen Initiative eine Vorlage ausgearbeitet, mit welcher der Doppelname für die Ehegatten wiedereingeführt werden soll. Nachdem der Nationalrat in der Frühlings-session das Geschäft zur Überarbeitung an die Kommission zurückgewiesen hatte, hat er es nun erneut beraten. Doppelnamen sollen künftig möglich sein, allerdings nur für Ehegatten und nicht – wie in der ursprünglichen Version vorgesehen – auch für Kinder. Jede und jeder Verlobte soll für sich individuell den eigenen Namen bestimmen können, den sie oder er nach der Heirat tragen möchte – ob Doppelname oder nicht. Bei der Wahl eines Doppelnamens soll sie oder er erklären müssen, in welcher Reihenfolge die Namen stehen sollen und ob diese mit einem Bindestrich verbunden werden sollen oder nicht. Eine Minderheit wehrte sich gegen den Bindestrich, unterlag jedoch. Künftig soll gelten: Geben die Ehegatten keine Erklärung ab, behalten beide Personen ihren Namen. Haben die Eltern einen gemeinsamen Namen, soll dieser nicht mehr automatisch an die Kinder weitergegeben werden. Die verheirateten oder unverheirateten Eltern sollen den Namen ihrer Kinder neu in jedem Fall bestimmen müssen.

In der Gesamt-Abstimmung nahm der Nationalrat die Vorlage mit [139 zu 46 Stimmen](#) an. Sie geht nun an den Ständerat.

Bei häuslicher Gewalt die Härtefallpraxis nach Artikel 50 AIG garantieren ([21.504](#))

Zweieinhalb Jahre nach der Einreichung haben die beiden Kammern die parlamentarische Initiative der staatspolitischen Kommission des Nationalrats zum Schutz ausländischer Ehefrauen bei häuslicher Gewalt in der Schluss-Abstimmung angenommen. Die Pa.IV. geht ursprünglich auf einen Vorstoss von Nationalrätin Samira Marti zurück, an dem ich ebenfalls mitgewirkt habe. Das Anliegen, ausländische Frauen in gewaltvollen Ehen besser zu schützen, ist jedoch schon sehr alt. Bereits 1998 reichte eine ehemalige SP-Nationalrätin einen entsprechenden Vorschlag im Parlament ein. Deshalb freut es mich umso mehr, dass dieses wichtige Anliegen nun nach 26 Jahren mehrheitsfähig wurde. Diese schöne Geschichte zeigt, dass es sich lohnt dran zu bleiben.



Finanzpolitik

Armee und Ukraine Deal

Die finanziellen Aussichten des Bundes sind düster. Es droht ein strukturelles Defizit in Milliardenhöhe, das stark ansteigen wird. Dies ist beunruhigend, da das Erfolgsmodell Schweiz auf gesunden Finanzen und der zwingenden Einhaltung der Schuldenbremse basiert. Die Schuldenbremse sorgt für eine nachhaltige Finanzpolitik und damit für Stabilität. Eine erste Bewährungsprobe hat der Ständerat bestanden, indem er den «Kuhhandel» der Mitte mit der SP verhindert hat. Mitte-Links wollte die Schuldenbremse aushebeln und einen Fonds für die Ukraine und die Armee schaffen.

Vor diesem Hintergrund lancierte die FDP im Zuge der Sommersession zwei Vorstösse und gestaltet somit die Debatte um die Bundesfinanzen massgeblich mit. Ein [erster Vorstoss](#) verlangt vom Bundesrat, einen Bericht über Massnahmen zur Gegenfinanzierung kostenintensiver Vorlagen auszuarbeiten. Damit sollen Ausgabenwünsche präventiv eingedämmt sowie das finanzpolitische Verständnis von Parlament und Volk gefördert werden. Der [zweite Vorstoss](#) fordert den Bundesrat auf, mögliche Mechanismen aufzuzeigen, wie der Bundesbeitrag an die AHV anders bemessen werden könnte als mit einem fixierten Prozentsatz der Kosten. Ein Systemwechsel würde sicherstellen, dass die Ausgaben des Bundes für die AHV nicht stärker wachsen als die Einnahmen. Denkbar wäre eine Koppelung des Bundesbeitrags an die Entwicklung der Mehrwertsteuereinnahmen oder andere Indikatoren.

Eingereichte Vorstösse

Postulat: Klimataugliche Lieferkette dank «Product Carbon Footprint» ([24.3757](#))

Mit meinem frisch eingereichten Postulat fordere ich den Bundesrat auf eine Auslegeordnung über die mögliche Einführung oder Förderung eines «Product Carbon Footprints» in der Schweiz zu erarbeiten. Darin sollten Vorschläge für eine sektor- oder branchenspezifische sowie stufenweise Umsetzungen dargelegt werden, die die Entwicklungen in der EU eng miteinbeziehen. Unsere Gesetzgebung hat typischerweise territoriale Gültigkeit, die Volkswirtschaft verursacht aber durch Import, Export und Konsum zunehmend Auswirkungen auch ausserhalb der Schweiz. In Anbetracht der mangelnden Messbarkeit und der weitgehenden Abwesenheit von internationalen Regelwerken sind viele Verantwortungsbereiche wie zum Beispiel die Bodennutzung oder der Wasserverbrauch nicht genügend gut fassbar.

Eine Ausnahme bildet der Klimawandel. Die Ausdehnung des Verantwortungsbegriffs auf die wirtschaftlichen Tätigkeiten unter der Verwendung von Messgrössen ist im Bereich des Klimas umsetzbar und sinnvoll. Unter Berücksichtigung von Dringlichkeit, Operationalisierbarkeit und Effizienz könnte mittelfristig die Messung des PCFP eine Massnahme darstellen, bei der die Schweiz die Grundlagen für eine nachhaltige Wirtschaft schafft. Die Messung des PCFP ist eine Voraussetzung für transparente Kaufentscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft und bietet die Möglichkeit, die CO₂-Bepreisung für Güter transparent vorzunehmen. Entsprechende Arbeiten sind bereits bei diversen Unternehmen im Gang. Damit diese Initiativen auch in der Breite Wirkung zeigen und sich durchsetzen, benötigt es einheitliche Rahmenbedingungen und klare Standards. Um einen Swiss Finish zu verhindern, ist eine enge Koordination mit der EU zentral.



Ausblick

Der Frauenstreik und die BVG Reform

Am 14. Juni findet jeweils der nationale Frauenstreik statt. Wie bereits in den letzten Jahren verzichten viele bürgerliche Frauen auf eine physische Teilnahme am gewerkschaftlichen Streik und befassen sich stattdessen mit der Erarbeitung echter Lösungen für die immer noch bestehenden Herausforderungen beim Thema Gleichberechtigung. Damit die Frauen in unserem Land ungehindert ihren Weg gehen können und sich nicht zwischen Familie und Karriere entscheiden müssen, brauchen wir die Individualbesteuerung und eine Reform der beruflichen Vorsorge. Damit erhalten mehr Teilzeitbeschäftigte (häufig Frauen) und Menschen mit tiefen Einkommen endlich einen Zugang zur 2. Säule. Diese beiden Forderungen führen zu gleicheren Chancen und einer sicheren Zukunft für alle Frauen in unserem Land. Dafür setzten sich die FDP Frauen jeden Tag mit viel Engagement ein!

Mein persönliches Highlight

Mein persönlicher Höhepunkt in dieser Session war das deutliche «Ja» zum Stromgesetz in der Volksabstimmung vom 9. Juni. Mit einer hohen Zustimmung von 68.7% haben die Schweizerinnen und Schweizer die Vorlage klar angenommen und ein Zeichen gesetzt für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in unserem Land. Die vergangenen Monate waren intensiv. Nach unzähligen Auftritten, Gastkommentaren und Diskussionen ist es eine grosse Freude für mich, dass die Vorlage so deutlich angenommen wurde.

Besten Dank für Ihr Interesse! Ich freue mich, Ihnen im Herbst wieder aus Bern zu berichten.

Herzliche Grüsse,

Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin FDP/SG